

## Abschiebungen

**Harte Zeiten**

VON MICHAEL B. BERGER

Das frostige Wetter hat sie nicht schrecken können. Wieder einmal haben am Sonnabend hundert Demonstranten vor dem Hildesheimer Kreishaus gestanden und für die Wiedereinreise einer jungen Frau geworben, deren Schicksal bundesweit bekannt ist: Seit sieben Jahren muss die heute 31-jährige Gazale Salame mit ihren beiden Kindern in Izmir leben – mehr schlecht als recht, während der Rest ihrer Familie in Deutschland ist. 2005 ist sie hochschwanger abgeschoben worden – ein Schicksal, das ihr Mann nur deshalb nicht teilen musste, weil er gerade die anderen beiden Töchter zur Schule brachte.

## Schicksale werden verwaltet

Der Fall aus Hildesheim hat bundesweit Verwunderung, auch Entsetzen ausgelöst. So hat etwa der Immigrationsforscher Rolf W. Bade die Abschiebep Praxis als eine „tragische Form der Schicksalsverwaltung“ bezeichnet. Geändert hat das nichts. Denn Niedersachsens CDU-Innenminister Uwe Schönemann sieht sich ebenso im Recht wie der sozialdemokratische Landrat in Hildesheim, Reiner Wegner. „Pingpong“ spielten sie mit Flüchtlingen, monieren Kritiker.

Die Schuld an schlechten Schlagzeilen über die Abschiebepolitik gibt Schönemann den Unterstützern der Flüchtlinge. Im Landtag hat er sich kürzlich über all jene beschwert, die es nicht einfach hinnehmen wollen, wenn Menschen nachts aus ihren Betten gerissen und zu Flughäfen gebracht werden. Die Scham empfinden, wenn Familien auseinandergerissen werden. Die es ungerecht finden, wenn Ausländer, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, wieder rausmüssen, weil sich ihre Eltern eines Passvergehens schuldig gemacht haben. Den Verfechtern konsequenter Rechtsausübung gelten diese Unterstützer als lästig, in gewisser Weise sogar als subversiv. Weil diese naiven „Gutmenschen“ an den Grundfesten des Staates rüttelten.

Der Innenminister gab sein Unverständnis im Landtag so zu Protokoll: Regelmäßig würden die Unterstützer (und die Medien) ignorieren, dass Ausländerinnen und Ausländer „ihre Abschiebungssituation selbst herbeigeführt hätten“. Etwa, indem sie eine falsche Identität angegeben oder sogar Hilfsangebote zur Unterstützung ihrer Ausreise abgelehnt hätten. „Mit Sorge“ betrachte er die aktuelle Diskussion.

Kein Wunder, dass sich der Minister Sorgen macht. Denn eine gewisse Verunsicherung über die Abschiebepolitik hat auch seine eigene Partei erreicht. In einem anderen Fall hat die große Unterstützung eine Kehrtwende herbeigeführt, die einen Pastor vom „Wunder von Hoya“ sprechen ließ. Auch dieser Fall hat bundesweite Berühmtheit erlangt: Die Geschichte der vietnamesischen Familie Nguyen, die erst unter allen möglichen Umständen ausgeflogen werden sollte, tatsächlich auch in ein Flugzeug nach Vietnam verbracht, dann aber wieder nach Deutschland geholt worden ist. Auch der Innenminister habe „ein Herz“, sagte Uwe Schönemann kurz vor Weihnachten vor laufender Kamera. Dass ihn sein Dienstherr, Ministerpräsident David McAllister, „ermuntert“ hatte, die lästige Causa Nguyen abzuräumen, sagte er nicht.

Vielleicht hatten die Nguyens auch das Glück, dass Vietnamesen in Deutschland wesentlich wohlgelittener sind als etwa Kurden oder, noch schwieriger, Roma aus dem Kosovo. Auch wenn immer mehr Gedenkstätten für die Opfer des Rassensohnes des Dritten Reiches eröffnet werden, deren Opfer auch Sinti und Roma waren, gehören sie hierzulande keineswegs zu den beliebten Volksgruppen. Sie sind tatsächlich oftmals schwierig, weil unangepasst. Aber ist das ein Grund, sie rigoros abzuschieben?

## Auch Abschiebung im Winter

Niedersachsens Landesregierung hat es, im Gegensatz zu anderen Landesregierungen, jedenfalls abgelehnt, wenigstens für die Wintermonate die Abschiebungen von Roma in das Kosovo zu unterbrechen. Sie hat bei ihrer Ablehnung mit dem Interesse der kosovarischen Behörden argumentiert, die an einer möglichst gleichmäßigen Verwaltung der Transfers interessiert sind.

Die Tatsache, dass in den letzten Monaten viel über Abschiebungen geschrieben worden ist, heißt nicht, dass es hierzulande zu Massenabschiebungen kommt. Es handelt sich meist um Einzelfälle. Aber viele Grausamkeiten, die die „Schicksalsverwaltung“ im Namen des Rechts vollstreckt, müssten nicht sein, wenn ein anderer Geist in den Ministeriumsfluren, Ausländerbehörden sowie an der Spitze des Innenministeriums wehte. Wenn Einrichtungen wie die Härtefallkommission nicht als lästiges Zugeständnis an Kirchen und Wohlfahrtsverbände gesehen werden würden.